



Migration &
Sicherheit
in der Stadt

Studienheft

Dr. Anne Burkhardt

Migration und Medien

Anforderungen an eine integrative Kommunikationspraxis

SIFO.de



Inhalt

Inhalt.....	1
Abstract	2
Einleitung: Migration und Medien	3
1. Berichterstattung über Migration und Migrant*innen	4
1.1 Überblick.....	4
wording.....	4
framing.....	6
agenda setting, priming, indexing	8
Übungsaufgabe 1.....	10
1.2 Ansätze für eine integrative Berichterstattung.....	11
Anwaltschaftlicher Journalismus.....	11
Konstruktiver Journalismus	13
Übungsaufgabe 2.....	15
2. Mediale Repräsentation von Migrant*innen	16
Übungsaufgabe 3.....	20
3. Mediennutzung und Teilhabe von Migrant*innen	20
Übungsaufgabe 4.....	24
Literatur	25

Abstract

*Dieses Studienheft¹ richtet sich an Journalist*innen und Medienschaffende sowie an alle Akteur*innen, die im weitesten Sinne mit öffentlicher Kommunikation befasst sind – auch, aber nicht ausschließlich über migrationsbezogene Themen. Angesprochen sind sowohl (Lokal-)Journalist*innen als auch Angestellte der öffentlichen Verwaltung, Mitarbeiter*innen von PR-Abteilungen, Quartiersmanager*innen, Lokalpolitiker*innen oder Aktive in zivilgesellschaftlichen Organisationen.*

*Ziel dieses Heftes ist es, Grundlagen vielfaltsorientierter (Medien-)Kommunikation zu vermitteln, Problemfelder zu verdeutlichen und mögliche Wege zu deren Überwindung aufzuzeigen. Zu diesem Zweck werden empirische Befunde aus dem Bereich der Medienberichterstattung und der Mediennutzungsforschung zusammengetragen und in Hinblick auf bestehende Probleme, Herausforderungen, Chancen und Potenziale analysiert: Wie wird in Medien über migrationsbezogene Themen berichtet? Wie steht es um die Repräsentation und Artikulation von Menschen mit Migrationsgeschichte in öffentlichen Diskursen? Wie können Migrant*innen von (medial vermittelter) Kommunikation erreicht und adressiert werden, welche Medien nutzen sie?*

Darüber hinaus sollen Ansätze und Strategien für eine vielfaltsorientierte Kommunikation erarbeitet werden: Wie sollte (Medien-)Kommunikation gestaltet sein, um Vielfalt und Demokratie zu fördern und Diskriminierungen und Ausgrenzungen zu vermeiden? Welche Hürden gilt es für eine diverse und weltoffene Berichterstattung sowie für eine gerechte Teilhabe an Mediendiskursen und -öffentlichkeiten für alle gesellschaftlichen Gruppen zu überwinden? Welche konkreten Maßnahmen und Schritte erscheinen hierfür aus medienethischer Perspektive zielführend?

*Die Ausführungen werden flankiert von praktischen Übungen und Reflexionsaufgaben zu den einzelnen Abschnitten. Sie sollen den Leser*innen zur Vertiefung und Anwendung des Stoffes dienen.*

¹ Dieses Studienheft beruht auf Vorarbeiten der medienethischen Arbeitsrate im Projekt *migsst*, veröffentlicht in Burkhardt/Heesen 2021 und Burkhardt 2021.

Einleitung: Migration und Medien

Das Projekt „Migration und Sicherheit in der Stadt“ (*migsst*) setzt sich kritisch mit dem häufig angenommenen Zusammenhang von (ethnischer) Segregation und Unsicherheit auseinander und fragt nach den Bedingungen für ein „gutes“ Zusammenleben in migrantisch geprägten Quartieren. Medienvermittelte Kommunikation prägt zu einem erheblichen Anteil unsere Wahrnehmung der Realität und setzt Akzente für deren Bewertung. Im Kontext von *migsst* bedeutet dies, dass Medien auch in hohem Maße unsere Vorstellung von migrantischen Gruppen und der Realität des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft mitbestimmen. Medienkommunikation hat demzufolge Auswirkungen auf die gesellschaftliche Anerkennung von Migrant*innen sowie auf deren Integrationschancen. Gelingende Kommunikation ist insofern ein wichtiger Faktor für sozialen Zusammenhalt und für gesellschaftliche Partizipation. Kommunikation kann in diesem Sinne als ein zentraler Aspekt von (niedrigschwelliger) Kriminalprävention verstanden werden. Zudem kann Kommunikation dazu beitragen, die subjektive Sicherheitswahrnehmung in der Einwanderungsgesellschaft sowie auch in städtischen Quartieren der Vielfalt zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund stellt sich aus medienethischer Perspektive die Frage, inwiefern gegenwärtige Kommunikationspraxen in den Medien und im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ihrer Mitverantwortung für gesellschaftlichen Zusammenhalt gerecht werden, und welche Ansätze für eine integrative, inklusive und vielfaltsorientierte Medienkommunikation vielversprechend sind.

Für eine gelingende Integration ist neben einer wahrheitsorientierten und diskriminierungsfreien Berichterstattung auch eine angemessene Repräsentation und Artikulation aller gesellschaftlichen Gruppen elementar. Dafür sollen die Medien ihrem Funktionsauftrag zufolge Sorge tragen (MStV). Journalist*innen und Beschäftigten in der Öffentlichkeitsarbeit kommt in diesem Sinne die Verantwortung zu, die vielfältigen Stimmen in der gegenwärtigen Gesellschaft angemessen zu Wort kommen zu lassen.

Für eine erfolgreiche mediale Adressierung und Einbeziehung der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte ist es notwendig, über deren Mediennutzung Bescheid zu wissen: Welche Medien und Kommunikationskanäle nutzen Migrant*innen um sich zu informieren, ihren Alltag zu organisieren und sich zu vernetzen? Wie können sie folglich am besten erreicht und angesprochen werden? Dabei rücken zunehmend die digitalen und Sozialen Medien in den Blick, denen aufgrund ihres niedrigschwelligen Zugangs und ihrer gleichberechtigten Nutzungsmöglichkeiten integrative Potenziale zugeschrieben werden.

Im Folgenden wird ein Überblick über die drei skizzierten Handlungs- bzw. Forschungsfelder im Kontext von Migration und Medien gegeben: 1. Berichterstattung; 2. Repräsentation; 3. Mediennutzung und Teilhabe. Zu diesem Zweck werden empirische For-

sungen herangezogen und in Hinblick auf vorhandene Herausforderungen und Potenziale medialer Kommunikation für eine gelingende Integration ausgewertet. Die daraus resultierenden Empfehlungen für Medienschaffende und andere Akteur*innen im Bereich der öffentlichen Kommunikation geben Antwort auf die ethische Frage nach einem „guten“ Leben in der Einwanderungsgesellschaft und zeigen Wege hin zu einer integrationsförderlichen Kommunikationspraxis auf. Dabei steht außer Frage, dass einige dieser Empfehlungen bereits umgesetzt werden, und dass sich je nach Arbeitsbereich und Kontext noch weitere Aspekte ergänzen ließen.

1. Berichterstattung über Migration und Migrant*innen

1.1 Überblick

„Hörfunk und Fernsehen gehören in gleicher Weise wie die Presse zu den unentbehrlichen Massenkommunikationsmitteln, denen sowohl für die Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen wie für deren Kontrolle als auch für die Integration der Gemeinschaft in allen Lebensbereichen eine maßgebende Wirkung zukommt“ (BverfGE 1973),

so das Bundesverfassungsgericht in der Begründung eines Urteils von 1973, das prägnant die Funktion der Medien in einer demokratischen Rechtsordnung beschreibt. Auch der im November 2020 in Kraft getretene neue Medienstaatsvertrag bestätigt den im BverfGE formulierten Integrationsauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (vgl. Medienstaatsvertrag § 26, Abschnitt 1). Studien zur Berichterstattung über Migration lassen jedoch Zweifel an einer zufriedenstellenden Umsetzung dieses Auftrags in Hinblick auf die (mit ca. 25% der Bevölkerung verhältnismäßig große) Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund aufkommen. So wird über Migrant*innen im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationsgeschichte häufiger problemorientiert, gefahrenassoziiert oder stereotyp berichtet (vgl. Bonfadelli 2007; Goedeke Tort et al. 2017; Koch 2014; Lünenborg et al. 2011; Müller 2005). Dabei spielen das *wording* (die verwendeten Begriffe, die implizite Zuschreibungen enthalten können), das *framing* (der Zusammenhang, in dem über migrationsbezogene Themen berichtet wird), das *agenda setting* bzw. *priming* (die Nachrichtenauswahl und -priorisierung) sowie das *indexing* (die Übernahme der von der Politik gesetzten Themen) eine zentrale Rolle.

wording

Die Berichterstattung über migrantisch geprägte Quartiere, welche in *migsst* im Vordergrund stehen, ist häufig von impliziten Zuschreibungen durch negativ aufgeladene Schlagworte geprägt. Auch in etablierten Medien wie *Focus*, *Spiegel* oder *Die Welt* wer-

den jene mitunter als „Ghettos“, „Problemviertel“ oder „Parallelgesellschaften“ bezeichnet.² Ein solches *wording* suggeriert, dass die betreffenden Quartiere gefährlich, ihre Bewohner*innen von der Mehrheitsgesellschaft abgeschottet und das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft schwierig sei(en).³ Dies steht im Widerspruch zu Befunden der soziologischen Stadtforschung, denen zufolge sich Vielfalt, und sogar (freiwillige und vorübergehende) Segregation, positiv auf das Zusammenleben in urbanen Kontexten auswirken können (Hess und Lebuhn 2014; Krummacher 2007; Siebel 2015). Die Stigmatisierung der betreffenden Stadtteile hingegen hat weitreichende Folgen für die Integrations- und Verwirklichungschancen ihrer Bewohner*innen, welche aufgrund ihres Wohnorts z.B. Diskriminierungen auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt erfahren, sowie für die weitere Entwicklung der Quartiere, denen auf lange Sicht eine Abwärtsspirale durch die Abwanderung von Firmen und Mieter*innen höherer sozialer Schichten droht (vgl. Kutscher 2019; Siebel 2015).

Als wenig förderlich für ein gutes Zusammenleben wird auch der im öffentlichen Diskurs dominierende, als einseitige Bewegung von den Migrant*innen hin zur „Aufnahmegesellschaft“ imaginierte Integrationsbegriff kritisiert. Dieser unterstellt Migrant*innen ein kulturelles „Anders-Sein“ (Geisen et al. 2017, S. 5; Bayer et al. 2014, S. 85) und impliziert die Erwartung einer einseitigen Anpassungsleistung der Zugewanderten an die „deutsche“ (Leit-)Kultur (Mecheril 2011; Hess und Lebuhn 2014; Foroutan 2015). Die Ausprägung der Anpassungsbemühungen wird in dieser Logik zum Maßstab für eine erfolgreiche oder misslingende individuelle Integration (vgl. Schiffauer 2011; Tibi 2001; Göhler 2005; Geisen et al. 2017). Dies ist insofern ungerecht, als dass diese Erwartungen nicht an alle gesellschaftlichen Gruppen in gleichem Maße gerichtet werden.

Empfehlungen

In den folgenden Empfehlungen geht es nicht um eine Einschränkung der freien Berichterstattung, sondern im Gegenteil um Vorschläge zur Förderung einer pluralen Medienkommunikation. Sie sollen nicht als starre Ver- oder Gebote, sondern als Anhaltspunkte für eine reflektierte und faire Berichterstattung verstanden werden.

Bei der medienvermittelten Kommunikation über migrationsbezogene Themen sollte auf ein reflektiertes *wording* geachtet werden, um Stereotypisierungen und einseitige gruppenbezogene Zuschreibungen durch negativ aufgeladene Schlagworte und Metaphern (z.B. „Problemviertel“, „Flüchtlingskrise“, „Armutszuwanderung“, etc.) zu vermeiden. Bei der Auswahl der verwendeten Begriffe sollte genau überlegt werden, welche Assoziationen diese wecken könnten und ggf. nach Alternativen gesucht werden. Zur

² Für Beispiele siehe https://www.focus.de/politik/deutschland/soziales-mehr-soziale-spaltung-in-staedten-vor-allem-im-osten_id_8971369.html; <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ghetto-bildung-nimmt-in-deutschlands-staedten-zu-a-1209141.html>; <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article3135064/Deutschland-bekommt-staendig-neue-Problemviertel.html>

³ Über die Wirkmacht von Begriffen und impliziten Zuschreibungen siehe Heesen (2019) und Reinhardt (2020a; 2020b).

Bezeichnung migrantisch geprägter Quartiere beispielsweise wäre der Begriff „Quartiere der Vielfalt“ dem der „(ethnisch) segregierten Quartiere“ oder der „Parallelgesellschaften“ vorzuziehen, da ersterer das gleichberechtigte Miteinander von Verschiedenen als Bereicherung fasst, anstatt den Aspekt der Abgrenzung bzw. Abschottung prominent zu machen. In ähnlicher Weise sollten Begriffe vermieden werden, die Migrant*innen ein „Anderssein“ oder die Notwendigkeit einer einseitigen Anpassungsleistung („Assimilation“) an eine imaginierte deutsche (Leit-)Kultur unterstellen. Vor diesem Hintergrund kann von polarisierenden Gegenüberstellungen der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe im Herkunftsland und dem neuen Lebenskontext abgesehen werden, da diese eine Trennung beider Welten implizieren und zudem den vermeintlichen gesamtgesellschaftlichen (Kraft-)Akt der „Aufnahme“ betonen. Stattdessen könnte etwa von „alter und neuer Heimat“ gesprochen werden, da diese Begriffe den Migrationsprozess zum einen normalisieren (in Anlehnung an „alte und neue Welt“ bei der Migration von Europäer*innen nach Nordamerika) und zum anderen durch den Heimatbegriff an das Willkommensein sowie an den Glauben an eine gelingende Integration appellieren. Ein Beispiel für die gezielte Verwendung dieses Begriffes findet sich etwa in der Kolumnenreihe „Neue Heimat“ der Süddeutschen Zeitung, in der geflohene Journalist*innen aus Syrien, Afghanistan, Nigeria und Uganda ihre Eindrücke von München und schildern. Naika Foroutan (2015) plädiert darüber hinaus dafür, von „Neuen Deutschen“ anstatt von „Migrant*innen“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu sprechen, da der Begriff das Dazugehören zu Deutschland betone.

Hilfreich für eine klare und diversitätsbewusste Sprache ist es außerdem, den jeweilig verwendeten (meist implizit vermittelten) Integrationsbegriff für die Rezipient*innen transparent zu machen. Aus ethischer Sicht ist im Sinne der Förderung von gesellschaftlicher Gleichstellung und Gerechtigkeit ein Integrationsbegriff zu befürworten, der Integration als einen prozesshaften, gesamtgesellschaftlich zu leistenden Vorgang begreift, dessen Ziel das gute Zusammenleben aller ist, und von dem folglich auch alle gleichermaßen profitieren.

framing

Die Berichterstattung über die Aufnahme verhältnismäßig vieler Geflüchteter im Sommer 2015 hat maßgeblich zur Verstärkung einer Tendenz in der deutschen Migrationsberichterstattung beigetragen, Migration primär als „Problem“ zu beschreiben. So war die Medienkommunikation über den sogenannten „Sommer der Migration“ geprägt von Bedrohungs-Metaphern, die eine (Natur-)Katastrophe oder Invasion nahelegten („Ansturm“, „Flut“, „Strom“, etc.) und die vermeintliche Machtlosigkeit und Überforderung deutscher Behörden und Einrichtungen („Krise“) betonten (vgl. Herrmann 2016; Bade 2016; Pelzer 2015). In Übereinstimmung mit diesen Befunden haben Studien über das mediale *framing* von Zugewanderten gezeigt, dass gefahrenassoziierte *frames* wie Kriminalität, illegale Aktivität und (seit 9/11) islamistischer Terror die Berichterstattung dominieren (vgl. Bade 2016; Bonfadelli 2007; Müller 2005; Ruhrmann et al. 2006; Trebbe

2009). Goedeke Tort und Kollegen (2016, S. 508) zufolge ist der Kriminalitäts-*frame* mit 56% sogar der häufigste in der deutschen Migrationsberichterstattung. Die im Rahmen des *migsst*-Projekts durchgeführte Studie der Deutschen Hochschule der Polizei zur Zeitungsberichterstattung über migrantisch geprägte Quartiere bestätigt diese Befunde. In fast 80% der untersuchten Berichte treten Personen mit Migrationshintergrund als (meist männliche) Täter bzw. Tatverdächtige in Erscheinung (DHPol 2020, S. 5). Aufgrund der Einseitigkeit der Kontexte, in denen über Migrant*innen in den Medien berichtet wird (sprich: aufgrund ihres einseitigen *framings*), entsteht der Eindruck, dass Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich kriminell seien, was durch die Kriminalitätsstatistik jedoch klar widerlegt ist (vgl. Walburg 2020; Atanisev et al. 2019).

Wie Ansgar Koch (2014) aufzeigt, erfolgt das *framing* von Migrant*innen darüber hinaus auf der visuellen Ebene durch den Einsatz von Symbolbildern. Das Symbolbild der verschleierte Frau etwa, das Koch als prominentes Beispiel für die migrationsbezogene Berichterstattung anführt, verweise indirekt auf Diskurse um kulturell-religiöse Unterschiede sowie auf die intensiv geführte Debatte um potenzielle Gefahren des (radikalen) Islamismus (Koch 2014, S. 75). Ungeachtet ihres thematischen Fokus werden die betreffenden Berichte subtil mit Bedeutung aufgeladen, die in keinem erkennbaren inhaltlichen Bezug zum Text steht und – wie in Kochs Beispiel – wenig zu einer fairen, vorurteilsfreien Berichterstattung beiträgt. Analog kritisiert Markus End (2014, S. 4) die Praxis des stigmatisierenden visuellen *framings* in Bezug auf die Darstellung der Sinti und Roma, die in deutschen Fernsehbeiträgen ohne ersichtlichen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Klischee der Wohnsitzlosigkeit oder dem Phänomen der „Vermüllung“ in Verbindung gebracht werden.

Auch die Herkunft von Migrant*innen entscheidet maßgeblich über deren mediales *framing*: So werden Einwanderer*innen aus südosteuropäischen Herkunftsländern tendenziell negativer dargestellt als solche aus Afrika oder dem Nahen Osten (vgl. Goedeke Tort et al. 2017). Für Personen aus Bosnien-Herzegowina, Rumänien, Bulgarien und Serbien werden am häufigsten Formulierungen gewählt, die sie in die Nähe von Kriminellen rücken, während Iraker, Syrer und Eritreer auch als „Willkommene“ oder „Integrationswillige“ dargestellt werden (Goedeke Tort et al. 2017, S. 511). Der Grund hierfür könnte nach Ansicht der Autor*innen in den unterschiedlich vermuteten Migrationsursachen liegen. So fällt auf, dass Zugewanderten, die vor Krieg oder politischer Verfolgung geflüchtet sind, in den Medien mehr Sympathie entgegengebracht wird als solchen, die ihr Land (vermeintlich) aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben (Goedeke Tort et al. 2017, S. 513). Interessant ist auch, dass Polen, aus dem de facto während des Untersuchungszeitraums der Studie (2014) die meiste Zuwanderung nach Deutschland erfolgte, in keinem der Beiträge erwähnt wird (Goedeke Tort et al. 2017, S. 511). Dies macht deutlich, wie sehr das medial vermittelte Bild von Migration allein durch die Nachrichtenauswahl (*agenda setting*) verzerrt wird. Gleichsam wird deutlich, dass bestimmte Gruppen von Zugewanderten stärker von medialer Diskriminierung betroffen sind als andere.

Empfehlungen

Um eine faire und diskriminierungsfreie Berichterstattung zu gewährleisten und einseitige, stereotype Darstellungen zu vermeiden, ist es von großer Bedeutung, dass Medienschaffende und andere Akteur*innen der öffentlichen Kommunikation großen Wert auf Wahrhaftigkeit, Vielstimmigkeit und Ausgewogenheit legen. Für eine nicht-stereotype Darstellungsweise ist es wichtig in den Blick zu nehmen, dass alle Individuen und Gruppen vielfältige soziale Rollen einnehmen (können), was in angemessener Weise in der Berichterstattung adressiert werden sollte. So ist eine muslimische Frau mit Kopftuch nicht ausschließlich eine Anhängerin einer bestimmten Religion, sondern vielleicht auch Mutter, Lehrerin, Gemeinderatsabgeordnete, Stabhochspringerin, Zauberkünstlerin, etc. Ihre Stimme sollte daher nicht nur dann in die Berichterstattung einfließen, wenn es um religiöse Themen geht, sondern eben auch dann, wenn es um Fragen von Bildung, Beruf, Politik oder Sport und Freizeit geht. Insbesondere bei der Auswahl von Bildmaterial sollte in diesem Zusammenhang darauf geachtet werden, dass dieses keine (sachlich unbegründeten) Bedeutungsdimensionen auf den Text überträgt, die in Stigmatisierungen und Diskriminierungen münden könnten.

Besondere Vorsicht ist bei der Frage geboten, ob beim Berichten über Straftaten die Herkunft von Täter*innen genannt wird oder nicht. Auf der einen Seite hat die Bevölkerung ein Recht darauf, umfassend informiert zu werden, auf der anderen Seite sind Diskriminierungen von „ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppen“, die durch die Nennung der Herkunft in Kauf genommen werden, laut Pressekodex zu vermeiden, „es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse“ (vgl. Presserat 2017, S. 10, Ziffer 12). Die Abwägung zwischen dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Information und dem Schutz vor gruppenbezogener Diskriminierung ist nicht einfach. Aidan White, Leiter des Ethical Journalism Network (EJN), schlägt für eine wahrheitsorientierte, nicht-diskriminierende Berichterstattung folgendes Vorgehen vor:

“it is perfectly legitimate, indeed necessary, for journalists and media to examine in detail the links and complexities of immigration, religion, culture and crime [...], but when they do so journalists should provide context, give voice to informed insiders and avoid language that provokes hostility.” (White 2017)

Für den Kontext der Berichterstattung über Migration bedeutet dies, dass umfassend und wahrheitsgemäß berichtet werden soll, auch über potenziell negative Aspekte der Migration. Wichtig ist dabei jedoch, dass kontextbasiert und differenziert berichtet wird und dass pauschalisierte und einseitige Zuschreibungen sowie effekthascherische Schlagworte vermieden werden (vgl. Absatz zum „wording“).

agenda setting, priming, indexing

Im Gegensatz zu den bislang skizzierten Studien, die überwiegend die Negativität der Flucht- und Migrationsberichterstattung beschreiben, konstatieren Hemmelmann und Wegner (2016) in Übereinstimmung mit Haller (2017) zu bestimmten Zeitpunkten der

Fluchtberichterstattung, etwa nach der Aussetzung des Dublinverfahrens für Syrer durch Bundeskanzlerin Angela Merkel, eine fast durchgängig positive Berichterstattung, die mitunter in einen regelrechten „Überbietungswettbewerb um Empathie und Willkommenseuphorie“ (Hemmelmann und Wegner 2016, S. 26) ausgeartet sei. Haller kritisiert in diesem Zusammenhang die mangelnde Neutralität der Presse, welche die „Willkommenskultur“ als Hauptnarrativ der Berichterstattung von der Politik übernommen und als „moralisch intonierte Verpflichtungsnorm ‚top-down‘ vermittelt“ habe (Haller 2017, S. 138). Er macht eine schwache Selektionsleistung der Medien – in anderen Worten: ihr *agenda setting* und *priming* – mit dafür verantwortlich, dass polarisierende und desintegrierende Kräfte in dieser Phase der Einwanderungsgeschichte an Einfluss gewinnen konnten (Haller 2017, S. 114ff.). Die Medien hätten in ihrer Aufgabe versagt, gesellschaftliche Konflikte in ihrer Vielstimmigkeit abzubilden (Haller 2017, S. 132ff.). Dies habe Misstrauen in die Neutralität der Medien geschürt und das Erstarken der AfD und anderer rechter Gruppierungen begünstigt. Nach den Ereignissen der sogenannten „Kölner Silvesternacht“ und mehreren islamistischen Anschlägen in Europa jedoch verkehrte sich die Tendenz zur positiven Berichterstattung wieder in ihr Gegenteil (Hemmelmann und Wegner 2016, S. 27). Vermisst werden eine ausgewogene, wertungsfreie Berichterstattung sowie eine differenzierte Debatte darüber, „was ‚Integration‘ bedeutet und wie deren Erfolg zu messen ist“ (Hemmelmann und Wegner 2016, S. 28).

Zu einer ausgewogenen Berichterstattung gehört auch Ausgewogenheit in der Auswahl der Stimmen, die in Medienbeiträgen zu Wort kommen. Studien zufolge sind Migrant*innen in deutschen Mediendiskursen – ungeachtet ihrer zentralen Rolle und ihrer direkten Betroffenheit – jedoch stark unterrepräsentiert. Haller (2017, S. 133) zufolge wurden Migrant*innen in nur 4% der Beiträge über den sogenannten „Sommer der Migration“ zitiert, Vertreter*innen der institutionellen Politik mit 66% mehr als 15-mal so oft. Fengler und Kreutler (2020) bestätigen diesen Befund in einer internationalen Vergleichsstudie zwischen europäischen, russischen und US-amerikanischen Medien. Migrant*innen treten demnach nur in einem Viertel der Berichte überhaupt als zentrale (wenn auch entindividualisierte) Akteur*innengruppe in Erscheinung; nur in einem Zehntel der Beiträge werden migrantische Stimmen direkt zitiert (Fengler und Kreutler 2020, S. 55f.). Deutschland sticht im internationalen Vergleich in zwei Punkten aus dem Sample heraus: In keinem anderen europäischen Land (außer im rechts-konservativ regierten Ungarn) wird das Thema Migration überhaupt so konstant auf der Agenda behalten wie in Deutschland, und in keinem anderen Land wird Migration so häufig als Thema der Innenpolitik – also als deutsche Angelegenheit mit deutschen Akteur*innen – verhandelt. „Über Migration und Flucht wird berichtet, soweit Deutschland betroffen ist“, resümieren Fengler und Kreutler (2020, S. 33). Strukturelle Fluchtursachen in den Herkunftsländern werden selten thematisiert, ebenso wenig wie die Rolle und Verantwortung westlicher Industrienationen im komplexen Gefüge globaler Fluchtursachen und -dynamiken (vgl. Herrmann 2016, S. 10).

In diesem Zusammenhang kritisieren sowohl Fengler und Kreutler (2020) als auch Haller (2017) die Praxis des *indexing* in der deutschen Migrationsberichterstattung. Gemeint ist die inhaltliche Fixierung der Medienberichterstattung auf die parteipolitische Agenda der Regierungsparteien. Diese Praxis ist insofern problematisch, als dass politische Entscheider*innen indirekt bestimmen, welche Themen gesellschaftlich diskutiert und welche Stimmen dazu gehört werden – und welche nicht.

Empfehlungen

Wie deutlich wurde, können die Auswahl und Priorisierung von Themen und zitierten Personen in Medienberichten maßgeblich darüber entscheiden, wie stark ein Thema in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird und welche Standpunkte dazu primär eingenommen werden. Eine einseitige Auswahl und Priorisierung hat zur Folge, dass andere zentrale Aspekte eines Themas und andere involvierte Personengruppen nicht den Stellenwert in der Berichterstattung erhalten, den sie in Hinblick auf ihre eigentliche Bedeutung verdienen. Journalist*innen und andere Akteur*innen der öffentlichen Kommunikation sollten sich daher um größtmögliche Vielfalt von Themen, Hintergründen und Positionen bemühen und sich davor hüten, die von der Politik gesetzten Themen und Schwerpunkte (die in der Regel einem anderen gesellschaftlichen Auftrag folgen als die Medien) als primäre Grundlage für ihre Themenauswahl zu übernehmen. Die Medien sollten als „vierte Gewalt“ dafür Sorge tragen, dass Bürger*innen sich frei und unabhängig ein möglichst umfassendes Bild von möglichst vielen bedeutenden Vorgängen in der Welt machen können.

Dasselbe gilt für andere Bereiche der öffentlichen Kommunikation, etwa im Kontext der Stadtverwaltung: Akteur*innen der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit sollten sich bemühen, möglichst vielfältige gesellschaftliche Themen zu adressieren und vielfältige soziale Gruppen und deren Bedarfe zu berücksichtigen. Wenn sich die kommunale Öffentlichkeitsarbeit einseitig um ein Thema oder eine bestimmte Zielgruppe dreht, dann entsteht der Eindruck, dass andere Themen und andere Gruppen in der Planung zu kurz kommen, was wiederum als ungerecht empfunden werden und einem guten Zusammenleben im Wege stehen kann.

Übungsaufgabe 1

Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: In einem dicht bebauten städtischen Quartier soll ein altes Fabrikgebäude abgerissen und zu einem neuen Wohnkomplex umgestaltet werden. In diesem Wohnkomplex sollen neben Eigentumswohnungen auch Sozialwohnungen sowie gesondert ausgewiesene Wohnungen für Asylsuchende entstehen. Geplant sind darüber hinaus gemeinschaftlich nutzbare Außenflächen und Innenräume, die etwa für nachbarschaftliche Aktivitäten, private oder religiöse Feiern oder andere Freizeitveranstaltungen genutzt werden können. Nach einem ersten öffentlichen Gespräch der Stadtteilverwaltung mit Quartiersbewohner*innen wird deutlich, dass die Stimmung im Quartier bezüglich des Vorhabens gespalten ist. Während die einen das Bauprojekt

begrüßen, haben andere Vorbehalte bezüglich des Zusammenlebens unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen innerhalb des Gebäudes und der umliegenden Nachbarschaft.

Stellen Sie sich nun vor, Sie seien eine Lokaljournalistin, ein Pressesprecher des Quartiersmanagements oder die amtierende Bürgermeisterin. Entwerfen Sie einen kurzen journalistischen Text, eine Pressemeldung oder einen Bürgerbrief, in dem Sie über das geplante Wohnprojekt informieren oder um Zustimmung werben. Achten Sie dabei auf inklusive, integrative Sprache und beachten Sie die besonderen Anforderungen an ein *sensibles wording, framing, agenda setting und priming*.

1.2 Ansätze für eine integrative Berichterstattung

Neben der konventionellen Berichterstattung, die meist in hohem Maße dem Nachrichtenswert der Negativität („only bad news is good news“) und dem der Prominenz (nur wer berühmt ist, ist zitierwürdig) Rechnung trägt, gibt es alternative Berichterstattungsmuster, die sich gezielt um Vielstimmigkeit, Ausgleich und Lösungsorientierung bemühen. Marlis Prinzing (2018, S. 112f.) unterscheidet fünf solcher Konzepte: den anwaltschaftlichen Journalismus, der in Europa eine lange Tradition hat und seit den 1990er Jahren auch in der Kommunikationswissenschaft reflektiert wird; das US-amerikanische Modell des *Public Journalism*, das auf eine bürgerfreundliche, gut verständliche Aufbereitung politischer Informationen abzielt; den sozialkritischen US-amerikanischen *Solution Journalism*, bei dem Journalist*innen in der Rolle eines „watchdog“ für soziale Belange und Solidarität eintreten; das aus Dänemark stammende, lösungsorientierte Konzept des konstruktiven Journalismus, das auf dem Prinzip der positiven Psychologie aufbaut; sowie den Ansatz des Friedensjournalismus oder konfliktsensitiven Journalismus, der aktiv zur Lösung von Konflikten und Kriegen beitragen will. Alle diese Ansätze wurden in der journalistischen Praxis (weiter)entwickelt und werden heute in unterschiedlich starker Ausprägung praktiziert. Der Zeitraum ihrer praktischen Erprobung variiert zwischen mehr als einem Jahrhundert im Fall des anwaltlichen Journalismus und gerade einmal einer Dekade im Fall des konstruktiven Journalismus (Prinzing 2008, S. 112). In Hinblick auf die integrativen Potenziale der Medien sind eben diese beiden Ansätze in den vergangenen Jahren in der Medienberichterstattung und ihrer Reflexion häufiger aufgegriffen worden. Sie sollen daher im Folgenden vorgestellt und hinsichtlich ihrer Potenziale für das Zusammenleben in migrantisch geprägten städtischen Quartieren diskutiert werden.

Anwaltschaftlicher Journalismus

Der anwaltschaftliche Journalismus zielt darauf ab, „Ereignisse[n], Personen oder gesellschaftliche[n] Verhältnisse[n], die in den Medien unterrepräsentiert sind“ (Altmeppen 2016, S. 132), eine Stimme zu geben. Bei der engagierten Übernahme marginalisierter

Perspektiven gibt er bewusst zu einem gewissen Grad die Position der Neutralität auf (Altmeppen 2016, S. 132), um so in der Gesamtschau der medialen Berichterstattung für mehr Vielstimmigkeit zu sorgen (vgl. Burkhardt und Heesen 2021, S. 34). Dies ist insofern problematisch, als dass Neutralität als zentrales Gütekriterium des Qualitätsjournalismus und als Garant einer freien Meinungsbildung gilt. Dieser Kritik kann jedoch entgegengehalten werden, dass Berichterstattung grundsätzlich, allein durch die Nachrichtenauswahl oder das *framing* von Informationen, nicht gänzlich frei von Wertungen ist. Die Berichterstattung über Migrant*innen (vgl. Abschnitt 1.1 in diesem Studienheft) ist ein gutes Beispiel hierfür: Wenn über Migrant*innen überproportional häufig gefahren- oder kriminalitätsassoziiert berichtet wird und unterproportional über positive Facetten des Zusammenlebens an Orten der Vielfalt, dann ist die Berichterstattung nicht „neutral“. Auch die Tatsache, dass Migration primär als Herausforderung für die deutsche (Innen-)Politik dargestellt wird, während globale Flucht- und Migrationsursachen meist ausgespart werden, lässt die Bezeichnung „neutral“ als unpassend erscheinen. Der anwaltschaftliche Journalismus kann daher gerade aufgrund seiner Fokussierung auf marginalisierte Perspektiven einen Beitrag zu größerer Neutralität – im Sinne von größerer Vielstimmigkeit – leisten: „Er leiht gewissermaßen jenen seine Stimme, die etwas zu sagen hätten, aber nichts zu reden haben“ (Haas/Pürer 1991, S. 74; zitiert nach Altmeppen 2016, S. 133), und trägt so zur Vervollständigung des Bildes bei, das wir uns durch die Medien von der Welt machen.

Bärbel Röben (2017) plädiert auch aus anderen Gründen für einen engagierten, anwaltschaftlichen Journalismus. Angesichts der fortschreitenden Spaltung der Gesellschaft müssten gängige Nachrichtenwerte hinterfragt werden, ebenso wie das gängige Berufsverständnis von Journalist*innen als neutrale, unparteiische Vermittler*innen. Denn „in Zeiten sozialer Spaltung reicht das nicht mehr, um die Integrationsfunktion zu erfüllen, die Medien laut Grundgesetz für die Gesellschaft haben“ (Röben 2017). Medien komme, so Röben, die Aufgabe zu, ein Abbild der Gesellschaft zu liefern, gleichzeitig aber auch die soziale Funktion, einen Ausgleich zwischen unterschiedlich stark im Diskurs vertretenen Gruppen zu schaffen (Röben 2017). Hierfür sieht Röben den anwaltschaftlichen Journalismus prädestiniert. Marlis Prinzing (2018) sieht die Rolle der Medien bei der Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung darin, „konsequent Brücken [zu] bauen zwischen den ‚Stimmlosen‘ und den sich bereits gut artikulierenden Gruppen mit dem Ziel einer für die Gesellschaft insgesamt integrierenden Wirkung“ (Prinzing 2018, S. 106). Eine demokratisch orientierte Medienlandschaft müsse Raum bieten für ausgleichende Prozesse, wie sie der anwaltschaftliche Journalismus anstoßen will (Prinzing 2018, S. 117).

In Hinblick auf migrantisch geprägte und (medial) stigmatisierte städtische Quartiere erscheint der Ansatz des anwaltschaftlichen, ausgleichenden Journalismus vielversprechend. Sein Potenzial könnte zum einen darin liegen, die (einseitig negative) Darstellung migrantisch geprägter Orte durch die Einbringung neuer Perspektiven und Wahrnehmungen – im Idealfall die der Bewohner*innen selbst – zu erweitern. Zum anderen

könnten Journalist*innen sich im wahrsten Sinn des Wortes zu Anwält*innen migrantischer Bewohner*innen machen, indem sie strukturelle Probleme wie Stigmatisierung, Diskriminierung und Ungerechtigkeiten, denen diese im Alltag ausgesetzt sind, öffentlich zur Sprache brächten und über Hintergründe und ggf. auch Verantwortlichkeiten aufklärten. Eine unmittelbare Einbindung und Einbeziehung der Betroffenen selbst in die inhaltliche Ausgestaltung der Beiträge sollte dabei nach Möglichkeit angestrebt werden.

Konstruktiver Journalismus

Auch der konstruktive Journalismus bemüht sich um ein vollständigeres Bild, indem er für einen Perspektivwechsel weg von der Problembeschreibung hin zur Lösungsorientierung eintritt (vgl. Constructive Institute 2020; Haagerup 2015). Dabei geht es nicht um ein Ersetzen des vorherrschenden *negative bias* durch einen *positive bias* (vgl. Kramp und Weichert 2020, S. 14), sondern darum, gesellschaftliche Herausforderungen sorgfältig zu analysieren und aktiv und kreativ anzugehen (Seng 2018, S. 125).

“Constructive journalism is a response to increasing tabloidization, sensationalism and negativity bias of the news media today. It is an approach that aims to provide audiences with a fair, accurate and contextualised picture of the world, without overemphasizing the negative and what is going wrong.” (Constructive Institute 2020)

Ulrik Haagerup, der neben Tina Rosenberg (*Solutions Journalism Network*) und Cathrine Gyldensted (*Constructive Journalism Network*) als einer der bedeutendsten Pioniere des konstruktiven Journalismus gilt, hält den gängigen Nachrichtenjournalismus vor allem aus zwei Gründen für reformierungsbedürftig: Zum einen fühlten sich die Menschen zunehmend überfordert von der Schwemme negativer Nachrichten, die das gesellschaftliche Klima vergifteten und die Demokratie gefährdeten (vgl. Kramp und Weichert 2020, S. 17ff, in Rückgriff auf Haagerup 2015). Zum anderen verzerre der Fokus auf Negativität entscheidend das mediale Abbild der „Wirklichkeit“:

„Die Leute denken, dass ein Drittel der Menschen in Deutschland Muslime sind, aber das stimmt nicht. Sie glauben, dass die Verbrechensrate steigt, aber das tut sie nicht. Sie meinen, dass Menschen in Afrika ständig verhungern, aber das ist falsch: Mittlerweile sterben mehr Afrikaner an Diabetes als an Hunger. Große Teile der Wahrnehmung liegen völlig daneben.“ (Ulrik Haagerup, zitiert in Kramp und Weichert 2020)

Der konstruktive Journalismus möchte in diesem Sinne, ähnlich wie der anwaltschaftliche Journalismus, zu einem vollständigeren Bild beitragen. Dies versucht er, indem er „anerkennt, dass es in der Welt zwar Fehler, Misserfolg und Missbrauch, aber immer auch Entwicklung, Wachstum und Chancen gibt“ (Seng 2018, S. 126f.; in Rückgriff auf Gyldensted 2015). Im Gegensatz zum anwaltschaftlichen Journalismus verfolgt er jedoch

nicht den Ansatz, stellvertretend für marginalisierte Gruppen zu sprechen, sondern verändert lediglich die Blickrichtung gängiger Berichterstattung: weg von der reinen Präsentation von Problemen, hin zur Reflexion von Lösungsansätzen. Anstatt ereignisfixiert und dramatisierend auf aktuelle Problemlagen im „Jetzt“ zu blicken, richtet der konstruktive Journalismus sein Augenmerk neugierig und wohlwollend auf die Zukunft. Anstatt nach dem „Wer“, „Was“ und „Wann“ zu fragen, fokussiert der konstruktive Journalismus das „Was nun“ und das „Wie“ (vgl. Constructive Institute 2020; Kramp und Weichert 2020, S. 23). Er ist stets „gelassen im Ton, gibt sich keiner Rage und Skandalen hin, [...] baut Brücken und polarisiert nicht“ (Kramp und Weichert 2020, S. 22). Er möchte dazu ermutigen, bekannte Probleme in all ihren Kontexten und Facetten zu betrachten und anzugehen. Er möchte Neugier wecken und dazu anregen, selbst Lösungsansätze und Handlungsoptionen zu entwickeln (Constructive Institute 2020). Kurzum: Er möchte stärken und empoweren.

Auch der konstruktive Journalismus verzichtet nicht auf die Einhaltung journalistischer Qualitätsstandards. Anders als beim anwaltschaftlichen Journalismus sollen jedoch Aktivismus und Parteinahme vermieden werden, ebenso wie das Vorschlagen oder Priorisieren möglicher Lösungen. Vielmehr möchte der konstruktive Journalismus bei den Rezipierenden selbst Prozesse in Gang setzen, die sie zu einer konstruktiven Haltung, und damit auch zum lösungsorientierten Handeln, befähigen. Er beruft sich dabei auf die Theorien der „positiven Psychologie“, die von Abraham Maslow, Carl Roger und Erich Fromm geprägt wurden und heute prominent durch Martin Seligman und Mihali Csikszentmihalyi vertreten werden (Seng 2018, S. 126). Die positive Psychologie zielt, Seng zufolge, darauf ab, die individuelle Einstellung von Menschen positiv zu beeinflussen. Die Abwendung von vermeintlich krankhaften Vorgängen und die gezielte Hinwendung zu positiven Aspekten soll beim Patienten dazu beitragen, Hoffnung zu schöpfen, eine optimistische Einstellung anzunehmen und somit die eigene Lebensqualität zu verbessern (Seng 2018, S. 126). Der konstruktive Journalismus eignet sich diese Logik insofern an, als dass auch er auf eine Verbesserung der Lebensqualität durch die Zuwendung zu positiven Aspekten und die Einnahme einer nach vorn blickenden, konstruktiven Grundhaltung abzielt.

Für die integrativen Potenziale des konstruktiven Journalismus sprechen Studien, die konstruktiven Beiträgen eine positive Auswirkung auf die individuelle Grundhaltung ihrer Rezipient*innen (Meier 2018; McIntyre 2015; MeKriF 2020) sowie auf deren gesellschaftliches Engagement (Curry und Hammonds 2014) bescheinigen. Dass der konstruktive Journalismus zudem bei seinem Publikum besser ankommt, häufiger geteilt wird und so eine höhere Reichweite erzielen kann (Meier 2018), dürfte nicht zuletzt wirtschaftliche Anreize für Medienunternehmen bieten, zukünftig verstärkt auf dieses Berichterstattungsmuster zu setzen (Kramp und Weichert 2020, S. 79).

Mit Blick auf die skizzierten Potenziale scheint wahrscheinlich, dass eine konstruktive Berichterstattung auch positive Auswirkungen auf das Zusammenleben in ethnisch vielfältigen Quartieren entfalten könnte. Zum einen könnte durch die Herstellung eines vollständigeren, positiveren und hoffnungsfroheren Bildes mehr Verständnis für die Situation verschiedener Gruppen geschaffen, Vorurteile abgebaut und größeres Vertrauen in die Chancen der Migration entwickelt werden. Zum anderen könnten Bewohner*innen der betreffenden Quartiere durch die aktivierenden Impulse des konstruktiven Journalismus dazu angeregt werden, bei lokalen Konflikten miteinander in Austausch zu treten und selbst gestaltend aktiv zu werden.

Empfehlungen

Journalist*innen und andere Akteur*innen, die mit öffentlicher Kommunikation befasst sind, sollten verstärkt ausgleichende Berichterstattungsmuster, etwa nach dem Vorbild des anwaltschaftlichen oder konstruktiven Journalismus, in ihre journalistische oder kommunikative Praxis mit einbeziehen. Jene verschaffen unterrepräsentierten Perspektiven Gehör und fördern eine lösungsorientierte Sicht auf gesellschaftliche Herausforderungen. So setzen sie Impulse für eine inklusive und zugleich motivierende, empowernde (Medien-)Kommunikation.

Übungsaufgabe 2

a) Schreibübung: Entwerfen Sie einen journalistischen Text nach dem Muster des konstruktiven Journalismus zu einem beliebigen Thema im Kontext von Migration und/oder des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft. Denken Sie daran, lösungs- statt problemorientiert zu schreiben, und dennoch den Grundsätzen des Qualitätsjournalismus (Objektivität, Wahrhaftigkeit, Sorgfalt etc.) verbunden zu bleiben.

Falls Sie eine inhaltliche Anregung brauchen: Stellen Sie sich vor, das Wohnprojekt aus der Übungsaufgabe 1 sei mittlerweile fertiggestellt. Seit einem Jahr wohnen nun Menschen verschiedener nationaler und sozialer Herkunft ohne größere Zwischenfälle in dem Gebäude zusammen. In jüngster Zeit häufen sich jedoch Berichte über Konflikte bezüglich der Nutzung der gemeinschaftlichen Flächen und Räume. Der Vorwurf steht im Raum, dass sich zwei der dort ansässigen Familien der Gemeinschaftsflächen bemächtigen und die anderen von dort verdrängen würden. Die Situation eskaliert, als bei einer gut besuchten abendlichen Geburtstagsfeier ein Anwohner die Polizei ruft und die Feiernden wegen Ruhestörung anzeigt. Stellen Sie sich nun vor, Sie seien ein*e Lokaljournalist*in, der/die von der Redaktion mit dem Auftrag betraut wurde, einen Beitrag über die Lebenssituation der Hausbewohner*innen und deren Konflikte zu schreiben. Überlegen Sie sich genau, mit wem Sie sprechen würden, welche Perspektiven Sie dazu

eingefangen würden und wie Sie den Text gestalten könnten, damit die Rezipierenden umfassend informiert, aber auch motiviert und gestärkt (anstatt frustriert und alarmiert) aus der Lektüre herausgehen können.

b) Reflexion: Notieren Sie stichwortartig Ihre Erfahrungen beim Abfassen des Textes: Was ist Ihnen leichtgefallen, wo haben Sie sich schwergetan? Überlegen Sie, woran das jeweils liegen könnte.

2. Mediale Repräsentation von Migrant*innen

Der verfassungsrechtliche Integrationsauftrag der Medien sieht eine angemessene Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen in Presse und Rundfunk vor. Der Repräsentationsgedanke bezieht sich hierbei sowohl auf das Zu-Wort-Kommen in medial vermittelten Beiträgen (etwa durch Perspektivübernahme oder direktes Zitiert-Werden) als auch auf die aktive Mitgestaltung von medialen Diskursen (etwa durch Erstellen, Teilen oder Kommentieren von Beiträgen sowie durch professionelle (Mit-)Arbeit in Redaktionen und Medienbetrieben).

Wie Studien verdeutlichen, besteht hinsichtlich der Erfüllung des Repräsentationsauftrags in Deutschland einiger Nachholbedarf. So kommen Migrant*innen, wie in Abschnitt 1.1 unter dem Stichpunkt „*agenda setting, priming* und *indexing*“ beschrieben, im medialen Migrationsdiskurs nur selten zu Wort. Wie aber steht es um die Teilhabe von Migrant*innen in der Medienproduktion? – „Deutschland ist bunt geworden. Nur die Medien nicht“ (ndm 2014), so die Antwort der *Neuen Deutschen Medienmacher*innen* (ndm), die in einem Image-Video auf die mangelnde Vielfalt in deutschen Medienbetrieben hinweisen. Als Interessenvertretung für Medienschaffende mit Migrationsgeschichte treten die *ndm* in Politik und Medien für einen interkulturellen Journalismus ein, bieten ein Forum für Information und Austausch und fördern in eigenen Projekten gezielt den migrantischen journalistischen Nachwuchs (vgl. ndm 2019). In einer wissenschaftlichen Studie zur Diversität im deutschen Journalismus legen sie außerdem offen, dass nur 6,4% der Chefredakteur*innen in den reichweitenstärksten deutschen Medien einen Migrationshintergrund haben; Zugewanderte aus Nicht-EU-Staaten sind überhaupt nicht vertreten (ndm 2020, S. 3). Demnach ist die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund, die etwa ein Viertel der in Deutschland lebenden Gesamtbevölkerung ausmacht, in deutschen Redaktionen stark unterrepräsentiert (ndm 2020, S. 9). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie des *Reuters Institute for the Study of Journalism* (Nielsen et al. 2020), die den Anteil von *people of colour* unter den Chefredakteur*innen in den jeweiligen Top 10 der Online- und Offlinemedien ausgewählter Länder des Globalen Nordens und Südens ermittelt hat. Im Vergleich mit Brasilien (5%), den USA (11%) und Südafrika (68%) schneidet Deutschland mit 0% dabei besonders schlecht

ab (Nielsen et al. 2020, S. 3). Dies wird etwas relativiert durch die Tatsache, dass in Deutschland auch der Anteil von *people of colour* an der Gesamtbevölkerung niedriger ist als in den Vergleichsstaaten (Nielsen et al. 2020, S. 4). Nichtsdestotrotz erscheint diese Bilanz für ein Einwanderungsland wie Deutschland inakzeptabel.

Zu diesem Schluss kommt auch der *Deutsche Journalisten-Verband* (DJV). In einer Resolution spricht er sich für mehr Vielfalt in den Redaktionen aus und fordert, „dass sich die Zusammensetzung der Gesellschaft auch in den Redaktionen widerspiegeln müsse“ und dass „bei der Auswahl ihrer Beschäftigten die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden [sei]“ (DJV 2018). Auch wenn dieses Ziel noch in weiter Ferne scheint, so kann doch positiv angemerkt werden, dass sich jenseits der Chef*innenetagen in Sachen Vielfalt im Laufe der vergangenen Jahre einiges zum Besseren gewandt hat:

„Die Zeiten, als in den 80er Jahren migrantische Journalist*innen fast undenkbar, in den 90er Jahren exotisch und in den Nuller Jahren des 21. Jahrhunderts Vorreiter waren, sind vorbei. In vielen deutschen Publikationen lesen und in vielen Programmen hören und sehen wir heute Kolumnistinnen und Reporter, Nachrichtensprecher und Moderatorinnen, die in Einwandererfamilien aufgewachsen sind.“ (ndm 2020: 3)

Ebenso vermerken die Neuen Deutschen Medienmacher*innen positiv, dass die große Mehrheit der Chefredakteur*innen prinzipiell die Forderung des DJV unterstützt (ndm 2020, S. 4). Demnach halten über 90% der 126 befragten Chefredakteur*innen die Arbeit von Journalist*innen aus Einwanderungsfamilien für wichtig „einerseits um Diskriminierung zu überwinden, andererseits um ein besseres journalistisches Produkt zu erhalten“ (ndm 2020, S. 4). Bislang mangle es aber an der Bereitschaft, konkrete Maßnahmen zum Erreichen dieses Ziels zu ergreifen und umzusetzen: „Obwohl sie interkulturelle Kompetenzen als Pluspunkt anerkennen, suchen sie nicht gezielt nach Mitarbeiter*innen, die diese mitbringen.“ (ndm 2020, S. 4) Die Offenheit für Vielfalt sei da, nicht aber für konkrete Maßnahmen (ndm 2020, S. 5).

Eine Öffnung der Redaktionen kann aus Sicht der Neuen Deutschen Medienmacher*innen nur gelingen, wenn Entscheider*innen aktiv Personal mit Einwanderungsgeschichte zu gewinnen suchten, auch in den Chef*innenetagen (ndm 2020, S. 6). Zudem müssten Mitarbeiter*innen zu den Themen antidiskriminierende Berichterstattung und Ausbau der interkulturellen Kompetenzen fortlaufend geschult und Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Belegschaft aufgearbeitet werden. Als weiteren Schritt schlagen die Neuen Deutschen Medienmacher*innen die Erfassung der Herkunft von Mitarbeiter*innen in Medienunternehmen vor, um die Unterrepräsentation von Personen mit Migrationshintergrund messbar und damit sichtbar zu machen (nach dem Motto: „Wer nicht gezählt wird, zählt nicht“). Dies wird von den meisten Chefredakteur*innen jedoch unter Berufung auf Datenschutzbestimmungen abgelehnt (ndm 2020, S. 4f.). Die Erhebung dieser Daten wäre aber notwendig, um Zielmarken oder verbindliche Quoten für eine angemessene Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund zu setzen, wie

dies in anderen Bereichen, etwa in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen, praktiziert wird (ndm 2020, S. 5). Die Neuen Deutschen Medienmacher*innen verweisen in diesem Zusammenhang auf Best-Practice-Beispiele aus Irland und Großbritannien, wo ein solches Vorgehen zumindest im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gang und gäbe ist (ndm 2020, S. 5).⁴ Zielmarken und Quoten sowie deren transparente öffentliche Kommunikation könnten auch dazu beitragen, dass Personalentscheidungen weniger stark durch (unbewusste) Vorurteile der Entscheider*innen beeinflusst würden. Zwar gab die Mehrheit der befragten Chefredakteur*innen an, dass einzig die Kompetenz von Bewerber*innen über deren Einstellungschancen entscheide. Dem widersprechen jedoch soziologische Forschungen zur Diskriminierung am Arbeitsmarkt und zum *unconscious bias* in Bezug auf *gender* und *race* (vgl. ndm 2020, S. 4). Um bestehenden Diskriminierungen entgegenzuwirken, müssten Medienhäuser ihre Rekrutierungsprozesse dahingehend verändern, als dass potenzielle Bewerber*innen mit Migrationshintergrund bzw. *of colour* proaktiv angesprochen und zur Bewerbung ermuntert werden müssten, auch solche, die nicht über einen akademischen Hintergrund oder einen „geraden“ Lebenslauf verfügten (ndm 2020, S. 7). Zugleich müsse, etwa über gut bezahlte Praktika und Ausbildungsverträge, die Sicherstellung des Lebensunterhaltes von Bewerber*innen aus prekären ökonomischen Verhältnissen gewährleistet werden (ndm 2020, S. 7).

Als positives Beispiel für eine proaktive Ansprache von Bewerber*innen mit Migrationshintergrund heben die Neuen Deutschen Medienmacher*innen ein Online-Video des *Hessischen Rundfunks* mit dem Slogan „Journalist*innen der Zukunft gesucht“ hervor, in dem ein junger Mann *of colour* um Bewerber*innen für ein Volontariat wirbt (ndm 2020, S. 5). Weiter heißt es in der Anzeige: „Du hast Lust, öffentlich-rechtliche Stärke ins Netz zu übertragen? Dann bist du hier genau richtig. Denn wir suchen kreative Köpfe mit den unterschiedlichsten Biografien und Lebenserfahrungen, die Spaß daran haben, ein großes Medienhaus weiterzuentwickeln.“ (Hessischer Rundfunk 2019) Es liegt auf der Hand, dass eine solche Anzeige Migrant*innen eher zur Bewerbung ermutigen dürfte.

Unter den Initiativen für mehr Vielfalt in den Medien finden sich auch spezifische Förderprogramme für den journalistischen Nachwuchs, wie das Stipendienprogramm „Medienvielfalt, anders“ der *Heinrich Böll Stiftung*, die „Talentwerkstatt“ von *WDR-grenzenlos* oder spezialisierte Stipendienangebote von *Reporter ohne Grenzen*. Einige Rundfunkanstalten und Tageszeitungen haben eigene Formate für Journalist*innen mit Migrationshintergrund etabliert, z.B. die Kolumnenreihe „Neue Heimat“ der *Süddeutschen Zeitung*, in der aus außereuropäischen Krisenregionen geflohene Journalist*innen ihre Eindrücke von Deutschland schildern, das *ZDF*-Magazin „Forum am Freitag“, das sich insbesondere an Muslim*innen richtet, oder das Online-Magazin „Stim-

⁴ Wie Nielsen et al. (2020) in ihrer Studie offenlegen, wird auch in den USA, in Brasilien und Südafrika die Herkunft der Mitarbeiter*innen in Medienbetrieben erhoben. Deutschland ist das einzige Land des Samples, das diese Daten nicht erfasst.

men des Exils“ des *Tagesspiegels*. Das Online-Magazin *MiGAZIN*, das von Journalist*innen mit und ohne Migrationsgeschichte gestaltet wird, veröffentlicht Beiträge über (weltpolitische) Themen rund um Migration und Integration. Speziell an in Deutschland lebende Exiljournalist*innen richtet sich das Netzwerk „Exile Media Forum“ der *Körper-Stiftung*. Einmal im Jahr kommen Exiljournalist*innen aus der ganzen Welt in Hamburg zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte zu entwickeln. Wichtige Exil- bzw. Diaspora-Medien in Deutschland sind z.B. der aserbaidische Exilsender *Meydan TV*, das arabischsprachige Online-Magazin *Abwab.eu* oder die arabisch- und farsi- bzw. darisprachige Online-Plattform *Amal, Berlin!*. Letztere wird von Journalist*innen aus Syrien, Afghanistan, Ägypten und Iran betrieben und berichtet über Themen rund ums Ankommen und Leben Deutschland und Berlin.

Trotz der unschätzbaren Bedeutung und des Engagements der hier genannten Formate und Initiativen kann nicht bestritten werden, dass Migrant*innen in Deutschlands Medien unterrepräsentiert sind, und dass die Potenziale einer diversen, pluralen Medienproduktion für eine gelingende Integration und eine lebendige Demokratie derzeit nicht ausgeschöpft werden. Eine Chance für Verbesserungen könnte in der wachsenden Bedeutung digitaler und sozialer Medien liegen. Aufgrund der Tatsache, dass in der Onlinekommunikation meist die sogenannte „Gatekeeper-Funktion“ der etablierten Medien wegfällt, also keine übergeordnete Institution mehr darüber entscheidet, wer was publizieren darf, eröffnen sich auch segregierten bzw. marginalisierten Gruppen neue Möglichkeiten zur Partizipation an Medienöffentlichkeiten und -produktion.

Empfehlungen

Um dem verfassungsrechtlichen Auftrag der Medien gerecht zu werden, sollten migrantische Stimmen verstärkt in die mediale Berichterstattung (auch, aber nicht nur zu migrationsbezogenen Themen) einbezogen werden. Migrant*innen mit Erfahrung in oder Interesse an journalistischen Berufen sollten gezielt durch Stipendien, Aus- und Weiterbildungsangebote gefördert und zur Bewerbung um Stellen im Medienbereich oder in anderen Feldern der Öffentlichkeitsarbeit ermutigt werden. Medienunternehmen, PR-Agenturen und andere Institutionen der öffentlichen Kommunikation sollten konkrete, transparente Ziele zur Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund erarbeiten und diese konsequent umsetzen, auch in den Chef*innenetagen. Hierzu könnte z.B. die Einführung einer Quote sinnvoll sein, auch um ggf. unbewussten Vorbehalten von Personalentscheider*innen entgegenzuwirken. Ebenso könnte die Reduzierung formaler Hürden für im Ausland ausgebildete, internationale Journalist*innen, die in Deutschland leben, zielführend sein. Es liegt auf der Hand, dass eine größere Vielfalt in den Redaktionen eine größere Vielfalt an Blickwinkeln, Ideen und Hintergründen hervorbringen und so die Produkte, Resultate und Reichweiten der Öffentlichkeitsarbeit entscheidend verbessern kann.

Übungsaufgabe 3

Übung zur Reflexion des Gelesenen – Bitte beantworten Sie folgende Fragen:

- Warum ist es wichtig, dass alle Bevölkerungsgruppen in den Medien und in der (kommunalen) Öffentlichkeitsarbeit repräsentiert sind?
- Was könnten Gründe dafür sein, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in deutschen Redaktionen nicht angemessen vertreten sind?
- Inwiefern profitieren die Medienhäuser, PR-Agenturen und Pressestellen selbst von größerer Vielfalt in ihren Reihen?
- Was könnte und sollte unternommen werden, um eine angemessene Repräsentation von Migrant*innen im Bereich der öffentlichen Kommunikation zu erreichen?

3. Mediennutzung und Teilhabe von Migrant*innen

Zugang zu Medienkommunikation und medial vermittelter Information ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Hierfür Sorge zu tragen ist ebenfalls Teil des verfassungsrechtlichen Auftrags der Medien. Ein Blick auf die Mediennutzung von Migrant*innen verrät, von welchen Medienangeboten diese am besten erreicht werden und welche integrativen Potenziale mit der aktiven Nutzung von (insbesondere digitalen) Medien verbunden sind. Die Befunde lassen sich gleichsam auf das gesamte Feld der öffentlichen Kommunikation, etwa das der Öffentlichkeitsarbeit in kommunalen Kontexten, übertragen.

Zwischen 2000 und 2010 sind in Deutschland eine Reihe von quantitativen, teils repräsentativen Studien zur Mediennutzung von Migrant*innen durchgeführt worden (z.B. ARD/ZDF-Medienkommission 2007; WDR 2006; Stiftung Lesen 2008; Initiative D21 2008). Diese wurden ergänzt durch qualitative Studien, die mehrheitlich auf die Herausarbeitung möglicher Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und Integration fokussierten (z.B. Bozdag 2013; Brendler et al. 2013; Hammeran et al. 2007; Hepp et al. 2010; Hafez 2002; Geißler und Pöttker 2006). Dahinter steht die Annahme, dass sich die (ausschließliche) Nutzung nicht-deutscher Medienangebote negativ auf gesamtgesellschaftliche Verständigungsprozesse und somit auf die Integration auswirken könnte. Ob ein solcher Zusammenhang tatsächlich existiert, und wenn ja, in welche Richtung er verläuft (ob deutschsprachige Mediennutzung also Voraussetzung oder Ausdruck von Integration ist), ist in der Mediennutzungsforschung umstritten (vgl. Worbs 2010, S. 46; Sauer 2009, S. 214; Hafez 2002, S. 29). Konsens ist hingegen, dass die komplementäre Nutzung deutsch- und muttersprachiger Medien die Regel und segregierte Mediennutzung die Ausnahme ist (z.B. Worbs 2010, S. 5; Halm 2006). In anderen Worten: „Keine mediale Parallelgesellschaft“ in Deutschland (Oehmichen 2007).

Die digitale Mediennutzung rückt um die Jahrtausendwende in den Fokus der Untersuchungen.⁵ Mit Hinblick auf das Integrationspotenzial des Internets wird deutlich, dass digitale Medien für Migrant*innen eine zentrale Informations- und Kommunikationsfunktion einnehmen und, ähnlich wie das Fernsehen, als Brücke zur Heimat dienen können (Oehmichen 2007). Zielgruppenspezifische Onlineportale (sogenannte „Ethno-Portale“), die sich z.B. an türkischstämmige Einwander*innen richten, können eine „Verschmelzung deutscher Alltags-Realität und türkischer Traditionen und Werte [bewirken], die scheinbar kein Äquivalent außerhalb des Netzes hat“ (Schneider und Arnold 2006, S. 114). Insbesondere die Sozialen Medien werden auch als Mediatoren gesellschaftlicher Teilhabe beschrieben, da sie – u.a. aufgrund ihrer Niedrigschwelligkeit sowie ihrer globalen Verbreitung – den Aufbau und die Pflege sozialer Netzwerke in der alten und neuen Heimat entscheidend erleichtern können (Kissau 2008; Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020). Auch für die Integration auf lokaler Ebene, etwa in städtischen Quartieren, bieten digitale Medien vielfältige Möglichkeiten, etwa im Rahmen von lokalen *Facebook*- und *Whatsapp*-Gruppen oder Nachbarschafts-Apps wie *nebenan*.

Darüber hinaus kann die Nutzung Sozialer Medien im herausfordernden Prozess der transnationalen Selbstverortung (Schachtner 2020, S. 43; Kutscher und Kreß 2018, S. 325) und der Neuaushandlung von Identitäten und „bewegten Zugehörigkeiten“ (Strasser 2012, S. 136) unterstützen. Interaktive Medien werden dabei zu Impulsgebern der individuellen Auseinandersetzung mit dem eigenen Migrationsprozess (Schachtner 2020, S. 47ff.). Als Brücken zwischen (gefühlte) differenten Welten können Medien helfen, den Schmerz des „Dazwischenseins“ zu überwinden und ein Gefühl von sozialer Verbundenheit zu entwickeln, welches wiederum als zentrale Voraussetzung für seelisches Wohlergehen und Entwicklung angesehen wird (Schachtner 2020, S. 52f.). Insbesondere jugendliche Migrant*innen können in Sozialen Medien auf diese Weise Anerkennung, Selbstvergewisserung und Gemeinschaft erfahren (Hugger 2009; Brendler et al. 2013, S. 172; Schachtner 2020, S. 50ff.; Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020, S. 69), aber auch Ablehnung und Diskriminierung, etwa durch rassistische Anfeindungen oder die Konfrontation mit gruppenbezogenen Vorurteilen. Institutionen und Anlaufstellen zum Schutz vor Diskriminierung sollten daher im Netz präsent sein, um Betroffenen passgenaue, professionelle und ggf. anonyme Hilfe zuteilwerden zu lassen – auch im Darknet, wo sich viele politisch Verfolgte aufgrund der besonders sicheren Verschlüsselung informieren (Sauer und Hasselbach 2020).

Aus Interviews mit Geflüchteten aus Krisenregionen wie Syrien, Afghanistan und Irak sowie aus afrikanischen Staaten geht hervor, dass digitale Medien, und insbesondere das Smartphone mit seiner „Alles-in-einem-Funktion“, für die Organisation und Umsetzung der Flucht essenziell sind – etwa bei der Ermittlung von Fluchtrouten, Wetterlagen, Grenzschließungen und Polizeikontrollen, beim Geldtransfer, als Übersetzertool oder als

⁵ Einen Überblick über die empirischen Studien der frühen 2000er Jahre bietet der Sammelband „Internet und Migration“ von Hunger und Kissau (2009).

emotionale Stütze (Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020, S. 65; Friedrichs-Liesenkötter und Schmitt 2018, S. 11f.; Kaufmann 2016; UNHCR 2016). „Internet ist gleich mit Essen“ – so beschreibt ein unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter die essenzielle Bedeutung des Internets für seinen Migrationsprozess (Kutscher und Kreß 2015, S. 1). Für Friedrichs-Liesenkötter und Schmitt (2017, S. 27) ist Mediennutzung in diesem Zusammenhang gleichbedeutend mit (aktivem bzw. aktivierendem) *Medienhandeln*. In Rückgriff auf *agency*-Theorien definieren sie digitale Mediennutzung als Akt, von dem Handlungsmacht ausgeht und der diese potenziell verstärken kann (Friedrichs-Liesenkötter und Schmitt 2017, S. 10). Der gerechte Zugang zum Internet und zu internetfähigen Endgeräten wird in diesem Kontext zu einer zentralen Frage der Integration, zu einer Frage des Teilhabens und des Teilhaben-Lassens (Schachtner 2020, S. 47). Um Teilhabe zu ermöglichen und zu erleichtern, befürworten Friedrichs-Liesenkötter und Schmitt (2017, S. 15f.) eine kostenfreie und lückenlose Bereitstellung digitaler Infrastrukturen für besonders vulnerable Gruppen, etwa in Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete oder in Sozialwohnungen. Ferner fordern sie eine stärkere Einbeziehung von digitalen Medien in der sozialen Arbeit und an Schulen, da Studien zufolge (insbesondere neu zugezogene) Migrant*innen von deren flexibler, ortsunabhängiger Nutzung profitieren können (Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020, S. 75f.).

Darüber hinaus können inklusiv konzipierte Medienprojekte die Handlungsmacht von Migrant*innen stärken, da sie Räume zur konstruktiven Auseinandersetzung mit sich selbst und anderen sowie zum gemeinschaftlichen Gestalten bieten. Vielversprechende Beispiele sind etwa die Imagevideos des *Jugendmigrationsdienstes* (JMD), welche mit Jugendlichen aus ausgewählten, sozial benachteiligten Quartieren in Stuttgart, Dresden und Frankfurt entwickelt und gedreht wurden⁶, ebenso wie die Webvideo-Serie „Refugee 11“ der *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb), bei der geflüchtete Amateurfußballer mit Profifußballern ins Gespräch kommen, die selbst Fluchterfahrung haben⁷. Als vielversprechend für eine integrative, stärkende Medienarbeit gilt auch der Ansatz des *Digital Storytelling*. Dabei erzählen die Workshop-Teilnehmenden in Form eines ca. zweiminütigen Videos eine persönliche Geschichte in der Ich-Perspektive, die sie mit Fotos oder Bildern illustrieren und auf eigenen Wunsch präsentieren oder veröffentlichen können (Mihalkó et al. 2020, S. 100). Der dabei angeregte kreative Prozess fördert die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte sowie auch die Fähigkeit, mit dieser Geschichte selbstbewusst an die Öffentlichkeit zu treten.⁸

In Hinblick auf gesellschaftliche Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten von Migrant*innen speziell in urbanen Kontexten bietet auch die sogenannte *user generated city* neue Möglichkeiten. Gemeint ist das (meist *crowdfunding*- oder *crowdsourcing*-basierte)

⁶ <https://www.youtube.com/watch?v=iNBvLvLGceo&feature=youtu.be>

⁷ <http://refugee11.de/>

⁸ Für Beispiele siehe <http://storycenter.info/>

„Stadtmachen“ auf digitalen Plattformen, also die Entwicklung von partizipativen Bürger*innenprojekten mithilfe des Digitalen.⁹ In mehreren skandinavischen und auch nordamerikanischen Städten wurden gute Erfahrungen mit interaktiven Ideenkarten oder Bürger*innenhaushalten gemacht, in die auch zivilgesellschaftliche Initiativen und Unternehmen eingebunden wurden.¹⁰ Auch wenn die integrativen Potenziale dieser Formate bislang wenig beforscht wurden, lässt sich die Vermutung aufstellen, dass die Hürden für Neu-Zugezogene, sich in digitale Beteiligungsprozesse einzubringen, niedriger liegen dürften als in der institutionellen städtischen Projektförderung – vorausgesetzt, sie werden entsprechend adressiert, etwa durch eine mehrsprachige Gestaltung der Online-Portale und eine zielgruppenorientierte, inklusive Öffentlichkeitsarbeit.

Empfehlungen

Die Analyse der Mediennutzung von Migrant*innen hat ergeben, dass diese überwiegend deutsch- und herkunftssprachige Medienangebote nutzen und prinzipiell gut von diesen erreicht werden. Insbesondere junge Migrant*innen nutzen zu Informations- und Kommunikationszwecken überwiegend Soziale Medien. (Lokal-)Journalist*innen und Beschäftigte in der Öffentlichkeitsarbeit sollten diese daher verstärkt in Kommunikationskonzepten mit einbeziehen, sowohl durch die Präsenz ihrer Institutionen in diesen Medien sowie durch die Bereitstellung von (mehrsprachigen und mehrsprachig verschlagworteten) digitalen Informationsangeboten und Chat-Optionen.

Der Zugang zum Internet und die Verfügbarkeit digitaler Endgeräte sind für den Migrations- und Integrationsprozess essenziell, da sie niedrigschwellig Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnen und so die Handlungsmacht von Migrant*innen stärken können. Die Nutzung digitaler Medien vereinfacht nicht nur organisatorische und kommunikative Abläufe, sondern bietet Zugezogenen auch Raum zur Selbstdarstellung und zur (Neu)Aushandlung von Identitäten und Selbstkonzeptionen. Das Internet eröffnet außerdem Möglichkeiten zur anonymen Beratung in Krisensituationen und kann als virtueller Schutzraum fungieren. Gleichzeitig birgt es jedoch die Gefahr der Überwachung (etwa auch durch autoritäre Staaten, aus denen die Migrant*innen geflohen sind) und kann zum Schauplatz von Hassrede und Diskriminierung werden. Aus diesem Grund sollten kommunale Einrichtungen und Akteur*innen der Sozialen Arbeit nicht nur Sorge für die Verfüg- und Erreichbarkeit digitaler Infrastrukturen für alle Quartiersbewohner*innen tragen, sondern diese bei Bedarf auch beim Umgang mit belastender medienvermittelter Kommunikation sowie im Erwerb von Medienkompetenzen unterstützen. Medienschaffende und Akteur*innen der Öffentlichkeitsarbeit sollten sich zur Aufgabe machen, über diese Angebote anschaulich und zielgruppenorientiert zu berichten.

⁹ Beispiele hierfür sind etwa das Hamburger Projekt „Nordstarter“ oder die Plattform „Mein Augustusburg“.

¹⁰ Siehe das Beispiel San Francisco: <https://www.innovation.sfgov.org/civic-bridge>

Für eine gelingende Integration auf lokaler Ebene haben sich ferner inklusive Medienprojekte bewährt, in denen Quartiersbewohner*innen mit und ohne Migrationsgeschichte an einem gemeinsamen Produkt oder Ziel arbeiten. Lokaljournalist*innen und Beschäftigte in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit können zum einen gezielt in migrantischen Gemeinschaften auf diese Angebote hinweisen und diese zur Teilnahme ermuntern. Zum anderen können sie über die entstandenen Produkte in vielfältige Öffentlichkeiten hinein berichten, um migrantischen Stimmen und inklusiv gestalteten Werken größere Sichtbarkeit und öffentliche Aufmerksamkeit zu verleihen. Auch Formate des partizipativen „Stadtmachens“ auf digitalen Plattformen, wie z.B. crowdfunding- oder crowdsourcing-finanzierte Bürger*innenprojekte, interaktive Ideenkarten oder Bürger*innenhaushalte, bieten aufgrund ihrer vergleichsweise niedrighschwelligten und gleichberechtigten Teilhabevoraussetzungen integrative und demokratisierende Potenziale. Diese sollten von Akteur*innen der städtischen und kommunalen Öffentlichkeitsarbeit gezielt in der migrantischen Quartiersbewohner*innenschaft publik gemacht und beispielsweise durch die Adressierung und Einbindung von (migrantischen) zivilgesellschaftlichen Initiativen und Unternehmen gefördert werden.

Übungsaufgabe 4

Übung zur Reflexion des Gelesenen – Bitte beantworten Sie folgende Fragen:

- Welche Rolle spielen (digitale) Medien für den Migrations- und Integrationsprozess?
- Inwiefern ist der Zugang zu Internet und zu digitalen Endgeräten eine Frage von Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe?
- Was können (Lokal-)Journalist*innen und Akteur*innen der (kommunalen) Öffentlichkeitsarbeit tun, um die Teilhabemöglichkeiten von Migrant*innen in gesellschaftlichen Diskursen und im (städtischen) gesellschaftlichen Leben zu verbessern?
- Inwiefern kann Kommunikation als Aspekt von Sicherheitsarbeit bzw. von Kriminalprävention beschreiben werden?

Literatur

- Altmeppen, Klaus-Dieter (2016): Anwaltschaftlicher Journalismus. In: Heesen, Jessica (Hrsg.): Handbuch Medien- und Informationsethik. Stuttgart: Metzler, S. 132-137.
- ARD/ZDF-Medienkommission (2007): Migranten und Medien 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Studie, <http://www.unternehmen.zdf.de/index.php?id=245&artid=241&backpid=244&cHash=7d6e8fe917>
- Atanisev, Kaan/Haverkamp, Rita/Kunkel, Fynn (2019): Migration und Kriminalität. Eine Analyse auf Bundesebene, Überblick der Dunkelfeldforschung und Kriminalitätstheorien. Working Paper Nr. 2 im Projekt migsst, https://www.migsst.de/onewebmedia/WP%20Nr2_Migration%20und%20Kriminalit%C3%A4t.pdf
- Bade, Klaus (2016): Von Unworten zu Untaten. Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen Migrations- und Asyldiskussion zwischen „Gastarbeiterfrage“ und „Flüchtlingskrise“. IMIS-Beiträge 48, S. 35-170.
- Bayer, Natalie/Holm, Andrej/Lebuhn, Henrik (2014): Städtische Diskurse um Migration im Wandel. Integration, diversity und soziale Bewegungen in München und Berlin, sub\urban, Bd. 2, Nr. 3, S. 81-92.
- Bonfadelli, Heinz (2007): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in den Massenmedien. In: Bonfadelli, Heinz/Moser, Heinz (Hrsg.): Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95-116.
- Bozdag, Cigdem (2013): Aneignung von Diasporawebsites: Eine medienethnografische Untersuchung in der marokkanischen und türkischen Diaspora. Wiesbaden: Springer VS.
- Brendler, Anna-Helen/Jöckel, Sven/Niemann, Folia/Peter, Sophie/Schneider, Helen/Stiebling, Hannah/Weber, Tanja (2013): Die Rolle der Individual- und Massenmedien im Integrationsprozess von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Publizistik 58, S. 161-178, <https://doi.org/10.1007/s11616-013-0174-0>
- Bundesverfassungsgericht (1973): BverfGE 35, 202 (222), Lebach, 1973.
- Burkhardt, Anne/Heesen, Jessica (2021): Aspekte einer guten Medienpraxis für städtische Quartiere der Vielfalt: Anforderungen aus ethischer Perspektive. Working Paper Nr. 7 im Projekt migsst, https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP_7%20Aspekte%20einer%20guten%20Medienpraxis%20f%C3%BCr%20st%C3%A4dtische%20Quartiere.pdf
- Constructive Institute (2020): What is constructive journalism?, <https://constructiveinstitute.org/what/>
- Curry, Alexander L./Hammonds, Keith H. (2014): The Power of Solutions Journalism. In: engagingnewsproject.org, Austin: Moody College of Communication at the University of Texas, https://mediaengagement.org/wp-content/uploads/2014/06/ENP_SJN-report.pdf

- Deutsche Hochschule für Polizei (DHPol) (2020): Medieninhaltsanalyse (AP 1.3). Internes Working Paper im Projekt migsst.
- Deutscher Journalisten-Verband (DJV) (2018): Mehr Vielfalt in Redaktionen, 05.11.2018, <https://www.djv.de/startseite/service/news-kalender/detail/aktuelles/news-mehr-vielfalt-in-redaktionen>
- End, Markus (2014): Von Klischees und falschen Bildern. Eine Analyse: Wie berichten Medien über Sinti und Roma? In: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 24.02.2014, <https://www.bpb.de/internationales/europa/sinti-und-roma-in-europa/179543/eine-analyse-wie-berichten-medien-ueber-sinti-und-roma>
- Fengler, Susanne/Kreutler, Marcus (2020): Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung, https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP39_Migration.pdf
- Foroutan, Naika (2015): Die postmigrantische Gesellschaft. In: Kurzdossier Zuwanderung, Flucht und Asyl: Aktuelle Themen. Bundeszentrale für politische Bildung, 20.04.2015, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/205190/die-postmigrantische-gesellschaft>
- Friedrichs-Liesenkötter, Henrike/Schmitt, Caroline (2018): Digitale Medien als Mediatoren von Agency. Empirische Einblicke in Medienpraktiken junger Geflüchteter und die (medien-)pädagogische Arbeit. Medienimpulse, 55(3), <https://journals.univie.ac.at/index.php/mp/article/view/mi1098>
- Friedrichs-Liesenkötter, Henrike/Hüttmann, Jana/Müller, Freya-Maria (2020): Teilhabe von geflüchteten Jugendlichen im Kontext digitaler Medien. Digital unterwegs in transnationalen Welten. In: Peterlini, Hans Karl/Donlic, Jasmin (Hrsg.): Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2019/2020. Schwerpunkt „Digitale Medien“. Bielefeld: transcript, S. 65-84.
- Geisen, Thomas/Riegel, Christine/Yildiz, Erol (2017): Einleitung. Unterschiedliche Perspektiven auf Migration, Stadt und Urbanität. In: Geisen, Thomas/Riegel, Christine/Yildiz, Erol (Hrsg.): Migration, Stadt und Urbanität. Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten. Wiesbaden: Springer VS, S. 3-16.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2006): Integration durch Massenmedien/Mass Media Integration. A Comparative Perspective. Bielefeld: transcript, DOI: <http://dx.doi.org/10.25969/mediarep/3661>
- Goedeke Tort, Maheba Nuria/Guenther, Lars/Ruhrmann, Georg (2016): Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale framing von Einwanderern entscheidet. In: M&K Medien & Kommunikationswissenschaft 64 (4), S. 497-517.
- Göhler, Gerhard (2005): Leitkultur als symbolische Integration. Überlegungen zum Gebrauch eines umstrittenen Konzepts. In: Fischer, Joachim/Joas, Hans (Hrsg.): Kunst, Macht und

Institution. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt am Main: Campus, S. 304-315.

Gyldensted, Cathrine (2015): From mirrors to movers. Five elements of positive psychology in constructive journalism. GGroup Publishing.

Haagerup, Ulrik (2015): Constructive news: Warum „bad news“ die Medien zerstören und wie Journalisten mit einem völlig neuen Ansatz wieder Menschen berühren. Salzburg: Verlag Oberauer.

Haas, Hannes/Pürer, Heinz (1991): Berufsauffassungen im Journalismus. In: Stuiber, Heinz-Werner/Pürer, Heinz (Hrsg.): Journalismus: Anforderungen, Berufsauffassungen, Verantwortung. Nürnberg: Verlag der Kommunikationswissenschaftlichen Forschungsgemeinschaft, S. 71-85.

Hafez, Kai (2002): Türkische Mediennutzung in Deutschland: Hemmnis oder Chance der gesellschaftlichen Integration? Eine qualitative Studie im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/fakultaet/philosophische/Medien-_und_Kommunikationswissenschaft/Personen/Hafez/tuerk_mediennutzung.pdf

Haller, Michael (2017): Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung, https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportale/03_Publikationen/AH93_Fluechtlingskrise_Haller_2017_07_20.pdf

Halm, Dirk (2006): Die Medien der türkischen Bevölkerung in Deutschland – Berichterstattung, Nutzung und Funktion. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien/Mass Media Integration. A Comparative Perspective. Bielefeld: transcript, S. 63-72, DOI: <http://dx.doi.org/10.25969/mediarep/3661>

Hammeran, Regine/Baspinar, Deniz/Simon, Erk (2007): Selbstbild und Mediennutzung junger Erwachsener mit türkischer Herkunft. Ergebnisse einer qualitativen Studie. Media Perspektiven, 3, S. 126-135, https://www.ard-werbung.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2007/03-2007_Baspinar.pdf

Heesen, Jessica (2019): Theoretische Überlegungen und Begriffsbestimmungen – „Parallelgesellschaft“. In: Frevel, Bernhardt (Hrsg.): Begriffe und Interpretationen. Grundlagen für das interdisziplinäre Arbeiten im Projekt. Working Paper Nr. 1 im Projekt migsst, S. 39-47, https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen_neu.pdf

Hemmelmann, Petra/Wegner, Susanne (2016): Flüchtlingsdebatte im Spiegel von Medien und Parteien. Ein Überblick. In: Communicatio Socialis, 49 (1), S. 21-38.

Hepp, Andreas/Bozdag, Cigdem/Suna, Laura (2010): Herkunfts-, Ethno- und Weltorientierte: Aneignungstypen der kulturellen Identität und kommunikativen Vernetzung in der

Diaspora. Medien & Kommunikationswissenschaft, 58, S. 320-343, https://www.m-und-k.nomos.de/fileadmin/muk/doc/Aufsatz_MuK_10_03.pdf

Herrmann, Friederike (2016): Das Märchen vom überkochenden Brei. Narrative in der medialen Berichterstattung zum Flüchtlingsthema im Herbst 2015, *Communicatio Socialis* 49(1), S. 6-20.

Hess, Sabine/Lebuhn, Hinrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und Citizenship. In: *Sub\urban*, Bd. 2, Nr. 3, S. 11-34.

Hessischer Rundfunk (2019): Journalist*innen der Zukunft gesucht, 17.12.2019, https://www.hr.de/karriere/alle-angebote/volontariat/volontariat-journalistin,ausbildung_journalist-100.html

Hugger, Kai-Uwe (2009): *Junge Migranten online. Suche nach sozialer Anerkennung und Vergewisserung von Zugehörigkeit*. Wiesbaden: Springer VS.

Hunger, Uwe/Kissau, Kathrin (Hrsg.) (2009): *Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Initiative D21 (2008): *Internetnutzung und Migrationshintergrund in Deutschland. Eine Sonderauswertung zum (N)ONLINER Atlas 2008*, http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Archiv16/Artikel/2008/09/2008-09-18-migrationshintergrund-geringe-auswirkung-auf-internetnutzung.html

Kaufmann, Katja (2016): Wie nutzen Flüchtlinge ihre Smartphones auf der Reise nach Europa? Ergebnisse einer qualitativen Interview-Studie mit syrischen Schutzsuchenden in Österreich. *SWS-Rundschau*, 56(3), S. 319-342, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61979-8>

Kissau, Kathrin (2008): *Das Integrationspotential des Internet für Migranten*. Wiesbaden: Springer VS.

Koch, Ansgar (2014): Visuelle Stereotype im öffentlichen Zuwanderungsdiskurs? Pressefotos von Migranten in deutschen Tageszeitungen, In: Petersen, Thomas/Schwender, Clemens (Hrsg.): *Visuelle Stereotype*. Köln: Halem, S. 58-78.

Kramp, Leif/Weichert, Stephan (2020): *Nachrichten mit Perspektive. Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland*. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung, https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH101_konstr_Journalismus.pdf

Krummacher, Michael (2007): Zum Umgang mit „Minderheitenghettos“ – Differenzen in der „Sozialen Stadt“. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (Hrsg.): *Was heißt hier Parallelgesellschaft?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-120.

- Kutscher, Marcus (2019): Rechtliche Einflüsse auf Segregation und Segregationsfolgen. In: Frevel, Bernhardt (Hrsg.): Begriffe und Interpretationen. Grundlegungen für das interdisziplinäre Arbeiten im Projekt. Working Paper Nr. 1 im Projekt migsst, S. 26-38, https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen_neu.pdf
- Kutscher, Nadia/Kreß, Lisa-Marie (2015): Internet ist gleich mit Essen. Empirische Studie zur Nutzung digitaler Medien durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Projektbericht der Universität Vechta in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderhilfswerk, https://images.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1.1_Startseite/3_Nachrichten/Studie_Fluechtlingskinder-digita-le_Medien/Studie_Fluechtlingskinder_und_digitale_Medien_Zusammenfassung.pdf
- Lünenborg, Margret/Fritsche, Katharina/Bach, Annika (2011): Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption. Bielefeld: transcript Verlag.
- McIntyre, Karen Elizabeth (2015): Constructive Journalism: The Effects of Positive Emotions and Solution Information in News Stories. Dissertation at the University of North Carolina at Chapel Hill.
- Mecheril, Paul (2011): Wirklichkeit schaffen. Integration als Dispositiv. APuZ 43/2011, S. 49-54.
- Medienstaatsvertrag (MStV), vom 14.-28. April 2020, <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/MStV>true>
- Meier, Klaus (2018): Wie wirkt konstruktiver Journalismus? In: Journalistik Online (1/2018), <https://journalistik.online/ausgabe-012018/wie-wirkt-konstruktiver-journalismus/>
- MeKriF (2020): Modul 1: Medienaneignungsstudie. Einblick in ausgewählte Ergebnisse, <https://mekrif.jff.de/veroeffentlichungen/details/ausgewaehlte-ergebnisse-der-mekrif-aneignungsstudie/>
- Mihalkó, Viktória/Nagy, Balazs/Bán, Dávid (2020): Empowerment through the Method of Digital Storytelling. In: Peterlini, Hans Karl/Donlic, Jasmin (Hrsg.): Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2019/2020. Schwerpunkt „Digitale Medien“. Bielefeld: transcript, S. 99-115.
- Müller, Daniel (2005): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien. In: Geißler, Rainer; Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland/[1]. Problemaufriss, Forschungsstand, Bibliographie. Bielefeld, S. 83-126.
- Neue Deutsche Medienmacher*innen (ndm) (2014): Neue Deutsche Medienmacher (Imagefilm), https://www.youtube.com/watch?v=jSUQsbm_oWw&feature=emb_logo
- Neue Deutsche Medienmacher*innen (ndm) (2019): Webauftritt „über uns“, <https://www.neuemedienmacher.de/ueber-uns/>

- Neue Deutsche Medienmacher*innen (ndm) (2020): Viel Wille, kein Weg. Diversity im deutschen Journalismus. Mai 2020, https://www.neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2020/05/20200509_MdM_Bericht_Diversity_im_Journalismus.pdf
- Nielsen, Rasmus Kleis/Selva, Meera/Andi, Simge (2020): Race and Leadership in the News Media 2020: Evidence from Five Markets. Reuters Institute for the Study of Journalism/ University of Oxford, Juli 2020, https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2020-07/Nielsen_et_al_Race_and_Leadership_FINAL.pdf
- Oehmichen, Ekkehardt (2007): Studie „Migranten und Medien 2007“: Keine mediale Parallelgesellschaft. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): Medien und Diversity: Dossier, S. 47-49, https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier_medien_und_diversity.pdf#page=42
- Pelzer, Marei (2015): Flüchtlinge: der inszenierte Notstand. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2015, S. 5-8.
- Presserat (2017): Publizistische Grundsätze (Pressekodex). Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats, 22.03.2017, https://www.presserat.de/files/presserat/dokumente/download/Pressekodex2017light_web.pdf
- Prinzing, Marlis (2018): Bewusst alte Muster durchbrechen? Anwaltschaftlicher und konstruktiver Journalismus etc. aus ethischer Perspektive. In: Prinzing, Marlis/Köberer, Nina/Schröder, Michael (Hrsg.): Migration, Integration, Inklusion. Medienethische Herausforderungen und Potenziale für die digitale Mediengesellschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 105-120.
- Reinhardt, Karoline (2020a): Ambivalente Aspekte der „Parallelgesellschaft“. Working Paper Nr. 4 im Projekt migsst, https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP_4%20Ambivalente%20Aspekte%20der%20%27Parallelgesellschaft%27.pdf
- Reinhardt, Karoline (2020b): Zum Begriff der „Clankriminalität“ – Eine kritische Einschätzung. Working Paper Nr. 6 im Projekt migsst, https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP_6%20Zum%20Begriff%20der%20%27Clankriminalit%C3%A4t%27.pdf
- Röben, Bärbel (2017): Nicht nur alarmieren, Perspektive erweitern. In: Menschen Machen Medien (Online), 24. März 2017, <https://mmm.verdi.de/beruf/nicht-nur-alarmieren-perspektive-erweitern-39915>
- Ruhrmann, Georg/Sommer, Denise/Uhlemann, Heike (2006): TV-Nachrichtenberichterstattung über Migranten – Von der Politik zum Terror. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien: Medien und Migration im internationalen Vergleich. Bielefeld: transcript Verlag, S. 45-75.

- Sauer, Martina (2009): Türkischstämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen und Deutschland: Lebenssituation und Integrationsstand. Ergebnisse der neunten Mehrthemenbefragung. Essen: Zentrum für Türkeistudien.
- Schachtner, Christina (2020): Transnational leben. In: Peterlini, Hans Karl/Donlic, Jasmin (Hrsg.): Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2019/2020. Schwerpunkt „Digitale Medien“. Bielefeld: transcript, S. 41-64.
- Schiffauer, Werner (2011): Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz. Bielefeld: transcript Verlag.
- Schneider, Beate/Arnold, Anne-Katrin (2006): Die Kontroverse um die Mediennutzung von Migranten: Massenmediale Ghettoisierung oder Einheit durch Mainstream? In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien/Mass Media Integration. A Comparative Perspective. Bielefeld: transcript, S. 63-72, doi: <http://dx.doi.org/10.25969/mediarep/3661>
- Seng, Leonie (2018): Konstruktiver Journalismus – mehr zeigen von der Welt? Medienethische Analyse verschiedener Berichterstattungsansätze über Flüchtlinge. In: Prinzing, Marlis/Köberer, Nina/Schröder, Michael (Hrsg.): Migration, Integration, Inklusion. Medienethische Herausforderungen und Potenziale für die digitale Mediengesellschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 121-132.
- Siebel, Walter (2015): Nachbarschaft. In: fiph. Journal, 26, S. 1-40.
- Stiftung Lesen (2008): Lesen in Deutschland 2008, <http://www.stiftunglesen.de/lesen-in-deutschland-2008/default.aspx>
- Strasser, Sabine (2012): Bewegte Zugehörigkeiten. In: Charim, Isolde/Auer Borea, Gertraud (Hrsg.): Lebensmodell Diaspora. Über moderne Nomaden. Bielefeld: transcript, S. 133-141.
- Tibi, Bassam (2001): Leitkultur als Wertkonsens. Bilanz einer missglückten deutschen Debatte. Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2, S. 23-26.
- Trebbe, Joachim (2009): Ethnische Minderheiten, Massenmedien und Integration. Eine Untersuchung zu massenmedialer Repräsentation und Wirkung. Wiesbaden: Springer VS.
- UNHCR (2016): Connecting refugees. How Internet and Mobile Connectivity can Improve Refugee Well-Being and Transform Humanitarian Action, <https://www.unhcr.org/5770d43c4.pdf>
- Walburg, Christian (2020): Migration und Kriminalität – Erfahrungen und neuere Entwicklungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 25.09.2020, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/301624/migration-und-kriminalitaet>

WDR (2006): Zwischen den Kulturen. Fernsehen, Einstellungen und Integration junger Erwachsener mit türkischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Mediaforschung August/September 2006, Köln.

White, Aidan (2017): How to Avoid Hate When Discussing Muslim Affairs. In: Ethical Journalism Network (Online-Blog), 23.08.2017, <https://ethicaljournalismnetwork.org/avoid-hate-discussing-muslim-affairs>

Worbs, Susanne (2010): Mediennutzung von Migranten in Deutschland: Integrationsreport, T. 8. Working Paper Nr. 34 der Forschungsgruppe des Bundesamtes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, <https://nbnresolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-259861>